Ohne Frauen ist kein Staat zu machen *(Frauen Union 1987; AsF 1988)*

Modell Deutschland

Die Bundestagswahl von 1972 markiert einen Wendepunkt im Wahlverhalten der Frauen. Das Wahlalter ist von 21 auf 18 Jahre abgesenkt worden. Jungwählerinnen unterstützen verstärkt Bundeskanzler Willy Brandt und seinen Reformkurs. Erstmals votieren 1972 mehr 18- bis 45-jährige Frauen für die SPD als für die CDU/CSU. Die über 45-jährigen Frauen bleiben den Unionsparteien treu. So verteilen die Frauen insgesamt erstmals ihre Stimmen zu gleichen Anteilen auf die beiden großen Volksparteien.

Komm aus Deiner linken Ecke

Der CDU/CSU gelingt es 1976, mit familienpolitischen Angeboten (Erziehungsgeld) sowie mit frechen, den politischen Gegner ironisierenden ,Wahlplakaten junge Frauen zurückzugewinnen. 1980 quittieren alle, selbst die älteren Frauen die Kanzlerkandidatur von Franz-Josef Strauß (CSU) mit einer starken Abkehr von der Partei. Sie wird das erste Mal von mehr Männern als von Frauen gewählt. 1983 tragen die Frauen wieder wesentlich zum Zustandekommen der christlich-liberalen Regierung Helmut Kohls bei. 49 Prozent aller Wählerinnen sprechen sich für die CDU/CSU, 39 Prozent für die SPD aus.

Wahlverhalten gleicht sich an

Ab den 70er Jahren gleichen sich die politischen Voten von Männern und Frauen an. Die Maxime „Unions-Wähler sind weiblich, SPD-Wähler sind männlich" weicht auf. Die Wahlforschung interpretiert das veränderte Wahlverhalten der Frauen als Ergebnis ihres Emanzipationsprozesses. Dazu gehört ihre verbesserte Teilhabe an Bildung, höhere Erwerbstätigkeit sowie ihre Politisierung in den sozialen Bewegungen und der nachlassende Einfluss der Kirchen.

Haben Frauen noch die Wahl?

(A. SCHWARZER 1980)

1972 erreicht der Frauenanteil im Bundestag mit 5,2 Prozent den absoluten Tiefstand. In der SPD-Bundestagsfraktion ist der Anteil der Genossinnen von 1969 bis 1980 so gering wie nie zuvor. In der sozialliberalen Koalition müssen sie sich mit einem Ministerium zufrieden geben.

Ende der 70er Jahre experimentieren Frauen mit verschiedenen Wahlstrategien. 1978 kandidiert ein Frauenbündnis bei den Wahlen zum Hamburger Senat unter dem Motto „Frauen wählen Frauen". 1980 stellt EMMA-Herausgeberin Alice Schwarzer den Wahlboykott zur Diskussion.

Einbruch in die Männerwelt

(DIE GRÜNEN 1986/87)

Ab 1980 bringen DIE GRÜNEN frischen Wind in die Politik. Mit ihrem Einzug in den Bundestag steigt der Frauenanteil sprunghaft an: von 9,8 Prozent 1983 auf 15,4 Prozent 1987 bis auf 20,5 Prozent 1990. Frauenpolitik ist „in". Die GRÜNEN vertreten offensiv frauenpolitische Ziele und realisieren 1986 eine Frauenquote von 50 Prozent für alle Ämter, Mandate und Funktionen. Die SPD beschließt 1988 die 40-Prozent-Quote für Frauen.

Die CDU verabschiedet 1985 ihr Programm „Für eine Partnerschaft von Mann und Frau". Das 30-prozentige „Quorum" für Frauen kommt erst 1996.

In den 1970er und 1980er Jahren begehren Frauen gegen die gesellschaftliche Ignoranz ihrer Probleme auf. In den Jahren zuvor ist die Diskriminierung der Mädchen in der Bildung offenbar geworden. Mit verbesserten Chancen (BAFÖG ab 1971) besuchen immer mehr junge Frauen Gymnasien und Universitäten.

Junge Frauen fordern in der neuen Frauenbewegung ihre Rechte ein. Frauengruppen, Frauenzentren, Frauenhäuser und Beratungsstellen entstehen. In den 80er Jahren agieren viele „Frauenbewegte" in der Friedensund Anti-Atomkraft-Bewegung, in Gewerkschaften und Parteien. Breite Frauenbündnisse entwickeln sich.

Den meisten Frauen ist das „Leben für andere" zu wenig; ihre Berufsorientierung wächst. 1980 sind 53 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 60 Jahren erwerbstätig. Fast die Hälfe aller Ehefrauen lebt mit der Doppelbelastung von Familie und Beruf. Nach den „Wirtschaftswunderjahren" haben viele Industriearbeiterinnen Arbeitsplätze verloren. Der Dienstleistungssektor zieht vermehrt weibliche Beschäftigte an.

Die sozialliberale Koalition (1969-82) will „mehr Demokratie wagen". 1976 verabschiedet sie das Indikationsmodell beim § 218. 1977 erhebt sie das „Partnerschaftsprinzip" - die „gleichberechtigte Funktionsteilung in Haushalt und Beruf" - zum neuen Leitbild im Ehe-und Familienrecht und führt das „Zerrüttungsprinzip" anstelle der Schuldfrage im Scheidungsrecht ein. Ab 1975 gibt es Kindergeld für das erste Kind, ab 1979 den sechsmonatigen Mutterschaftsurlaub mit Lohnersatz für erwerbstätige Mütter.

Die christlich-liberale Regierungskoalition führt 1983 den steuerlichen Kinderfreibetrag wieder ein und errichtet 1984 die Bundesstiftung „Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens". 1986 wird das Erziehungsgeld für alle Mütter und Väter Gesetz. Müttern werden für Kindererziehungszeiten nun drei Jahre bei der Rente angerechnet.

Die FDP führt ebenfalls

1985 ihren ersten Frauenkongress durch. „Liberale Frauen machen Politik" heißt es dort; eine Quotierung lehnt die Partei wegen ihrer liberalen Prinzipien ab. 1986 wird das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit um die Zuständigkeit für Frauen erweitert. Bundeskanzler Kohl (CDU) beruft zwei bzw. drei Ministerinnen in seine Kabinette. 1988 wird die erste Frauenministerin, Rita Süßmuth (CDU), als zweite Frau nach Annemarie Renger (SPD, 1972-76) Bundestagspräsidentin.

... um die
STIMMEN
der Frauen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bundestagswahl 1976
Gestaltung: ARE; Druck: Druckhaus Deutz
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung,
Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

... um die
STIMMEN
der Frauen

Christlich-Demokratische Union, Bundestagswahl 1976 Gestaltung:
Mannstein Werbeagentur
Reproduktion aus Konrad-Adenauer-Stiftung,
Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

... um die STIMMEN der Frauen

Die Grünen, Bundestagswahl 1980
Gestaltung: grafik werkstatt, Bielefeld
Reproduktion aus Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
(Archiv Grünes Gedächtnis Berlin)

... um die
STIMMEN
der Frauen

Flugblatt, Bundestagswahl 1976
Gestaltung: Team '70
Reproduktion aus: Hanns-Seidel-Stiftung,
Archiv für Christlich-Soziale Politik, ACSP, Fl 1976:12

... um die
STIMMEN
der Frauen

Freie Demokratische Partei, Frauenkongress 1985
Gestaltung/Druck: NN
Reproduktion aus Friedrich-Naumann-Stiftung,
Archiv des Liberalismus, Gummersbach